Beschluss (gegen die Stimmen von FDP – BAYERNPARTEI und AfD):

- Vom Vortrag des Referenten, insbesondere zu den nicht für das Haushaltsjahr
 2023 anerkannten Bedarfen, wird Kenntnis genommen.
- Das Direktorium wird beauftragt, die für Gebärdendolmetscher*innendienste bei den Bürgerversammlungen notwendigen Sachmittel von jährlich 20.000 € dauerhaft ab 2023 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111200 Direktorium Allgemein erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 20.000 €.

 Das Direktorium wird beauftragt, zur personellen Stärkung der Gesamtstädtischen Datenschutzbeauftragten, die Einrichtung von einer Stelle (1,0 VZÄ) und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Zudem wird das Direktorium beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 97.200 € und Arbeitsplatzkosten von 2.800 € für 2023 (2.000 € Ersteinrichtung sowie 800 € laufende jährliche Kosten) sowie für 2024 ff. in Höhe von bis zu 97.200 € (Personalauszahlung) und 800 € (Arbeitsplatzkosten) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 29.900 € (40% des JMB).

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit um 100.000 € für 2023 und um 98.000 € dauerhaft ab 2024.

- 4. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung zweier Stellen (2,0 VZÄ) und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat für den weiteren Aufbau der analogen und digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung zu veranlassen.
- Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, die besetzte Planstelle B430205 in der Geschäftsleitung, GPAM, für die weitere Betreuung des stadtweit eingesetzten eVergabe-IT-Verfahrens zu entfristen.

Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 97.200 € für die Jahre 2023 ff. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzumelden.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111000 Overheadkosten Referats- und Geschäftsleitung erhöht sich damit dauerhaft um 97.200 € ab 2023.

6. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von 8 Stellen (8,0 VZÄ), davon je eine zusätzliche Stelle (1,0 VZÄ) in A12 in jeder BA-Geschäftsstelle - und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat in der Abteilung Bezirksausschussangelegenheiten zu veranlassen.

Zudem wird das Direktorium beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 638.280 € und Arbeitsplatzkosten von 22.400 € für 2023 (8 * 2.000 € Ersteinrichtung sowie 8 * 800 € laufende jährliche Kosten) sowie für 2024 ff. in Höhe von 638.280 € (Personalauszahlung) und 6.200 € (Arbeitsplatzkosten) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 255.000 € (40% des JMB). Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111200 Direktorium Allgemein erhöht sich damit um 660.680 € für 2023 und um 644.480 € dauerhaft ab 2024.

7. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von 2 Stellen (2,0 VZÄ) und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat in der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* zu veranlassen.

Zudem wird das Direktorium beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 206.700 € und Arbeitsplatzkosten von 5.600 € für 2023 (2 * 2.000 € Ersteinrichtung sowie 2 * 800 € laufende jährliche Kosten) sowie für 2024 ff. in Höhe von bis zu 206.700 € (Personalauszahlung) und 1.600 € (Arbeitsplatzkosten) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 65.000 € (40% des JMB).

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100
Gemeindeorgane erhöht sich damit um 212.300 € für 2023 und um 208.300 € dauerhaft ab 2024.

8. Das Direktorium wird beauftragt, die zur Wahrnehmung der Aufgaben der mit 2 VZÄ verstärkten Koordinierungsstelle LGBTIQ* zusätzlich benötigten Sachmittel 40.000 € dauerhaft ab 2023 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 40.000 €. 9. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2022-2026 wird auf der Finanzposition 0000.935.9330.9 wie folgt angepasst.

20.000 € sind für das Jahr 2023 zusätzlich einzuplanen.

MIP alt:

Gruppier	Gesamt-	Finanz.	Programmzeitraum 2022 bis 2026						nachrichtlich	
ung	kosten	bis 2021	(Euro in 1.000)							
			Summe	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Finanz.
			2022-							2028 ff.
			2026							
935	47	0	42	4	24	4	5	5	5	0
Summe	47	0	42	4	24	4	5	5	5	0

MIP neu:

Gruppier	Gesamt-	Finanz.	Programmzeitraum 2022 bis 2026						nachrichtlich	
ung	kosten	bis 2021	(Euro in 1.000)							
			Summe	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Finanz.
			2022-							2028 ff.
			2026							
935	67	0	62	24	24	4	5	5	5	0
Summe	67	0	62	24	24	4	5	5	5	0

10. Das Direktorium wird beauftragt, zur Ergreifung von Maßnahmen gegen Vorurteilskriminalität im beruflichen Kontext die dauerhaft ab 2023 hierfür benötigten Sachmittel in Höhe von 15.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 15.000 €.

11. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt die erforderlichen Mittel in Höhe von 19.050 € für das Fortbildungsprogramm "Den Mensch im Blick" ab 2023 dauerhaft aus dem Referatsbudget bereitzustellen. 12. Das Direktorium wird beauftragt, zur Übernahme der Kostensteigerungen der Zuschussnehmer*innen der Fachstelle für Demokratie (FgR), die dauerhaft ab 2023 benötigten Sachmittel in Höhe von 52.729 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 52.729 €.

13. Das Direktorium wird beauftragt, zur Verstetigung der antifaschistischen Arbeit an den Schulen die dauerhaft ab 2023 hierfür benötigten Sachmittel in Höhe von 40.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 40.000 €.

- 14. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.
- 15. Die Anträge Nr. 20-26 / A 02730 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 12.05.2022, Nr. 20-26 / A 02912 der Fraktionen Die Grünen Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02913 der Fraktionen Die Grünen Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02914 der Fraktionen Die Grünen Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02915 der Fraktionen Die Grünen Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022 zum Themenkomplex LGBTIQ* bleiben aufgegriffen. Der Stadtrat wird zu gegebener Zeit nach Besetzung der beiden eingerichteten Stellen bei der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* erneut bezüglich der Bearbeitung seiner Anträge befasst.

- 16. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02183 der Fraktion Die Grünen Rosa Liste, SPD / Volt-Fraktion, CSU-Fraktion, Stadtratsfraktion DIE LINKE / Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP / München Liste, Freien Wähler vom 30.11.2021 "Maßnahmen gegen Vorurteilskriminalität III Aktiv im Kampf gegen Vorurteilskriminalität im beruflichen Kontext" ist hiermit geschäftsordnungsmäßig erledigt.
- 17. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03172 der Fraktionen SPD / Volt, Die Grünen Rosa Liste vom 19.10.2022 "Antifaschistische Arbeit an Schulen verstetigen" ist hiermit geschäftsordnungsmäßig erledigt.
- Der Antrag Nr. 20-26 / A 03212 der Fraktionen SPD / Volt, Die Grünen Rosa Liste vom 31.10.2022 "Inklusion leben – auf dem Weg zur Teilhabe aller Menschen vorankommen" bleibt aufgegriffen.
- 19. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.